

Offene Worte

Online Nr. 233

Zeitung der LINKEN für den Barnim

30. April 2023, 32. Jahrg.



Zwar hat Deutschland im Jahr 2022 sein Klimaziel erreicht. Doch die Bereiche Gebäude und Verkehr schafften ihre im Klimaschutzgesetz vorgegebenen Zielmarken nicht. Im Verkehr stiegen die Emissionen sogar zum zweiten Mal in Serie (Prognose des Umweltbundesamts, 15.3.23). Nur durch einen starken Rückgang in der Industrie sank der Treibhausgasausstoß insgesamt um knapp zwei Prozent auf 746 Millionen Tonnen sogenannter Kohlendioxid-Äquivalente. Zehn Millionen weniger, als insgesamt erlaubt war.

Bisher mussten die jeweiligen Bereiche binnen drei Monaten ein Sofortprogramm vorlegen, um die Emissionen zu senken. Das wurde nun im April abgeschafft: Die FDP – sie führt das Verkehrsministerium – setzt offenbar durch, dass nicht die Sektoren bewertet werden, sondern das Ergebnis der Gesamtrechnung zählt. Denn, darauf machte der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Jan Korte letzte Woche aufmerksam, offenbart muss das Bundesverkehrsministerium trotz verfehlter Klimaziele kein Sofortprogramm mehr vorlegen. *bc*

Wir sehen uns morgen:

1. Mai im Barnim

Werneuchen:

DIE LINKE ist beim traditionellen Stadtfest von 9 bis 14 Uhr auf dem Marktplatz dabei.

Bernau:

10 Uhr bis 14 Uhr, Bürgermeisterstraße

Eberswalde:

10 Uhr Demonstrationzug vom Gewerkschaftshaus, Grabowstraße 49, zum Marktplatz
10.30 Uhr Kundgebung auf dem Marktplatz.

Die Veranstaltungsbündnisse organisieren Feste mit Redner:innen, Info-Ständen, Essens- und Getränkeversorgung sowie Angebote für Kinder.

Einnahmen müssen in der Region bleiben!

DIE LINKE fordert lokale und demokratische Bürgerenergie: Brandenburger Landesregierung überlässt alten Bundesländern die Gewinne aus erneuerbaren Energien

„Die Brandenburger Landesregierung überlässt den alten Bundesländern die Gewinne aus erneuerbaren Energien, während die Brandenburgerinnen und Brandenburger leer ausgehen“, kritisiert der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter. „Diese bleiben auf den Kosten der dezentralen Energieerzeugung und den damit verbundenen höheren Netzentgelten sitzen. Die größten Betreiber von Wind- und Solarparks haben ihre Firmensitze weder in Brandenburg, noch in einem anderen ostdeutschen Bundesland. Die Wertschöpfung von erneuerbarer Energie findet zwar in Brandenburg statt, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer landen bis auf wenige Ausnahmen aber in den

alten Bundesländern.“ Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Landtagsfraktion der LINKEN hervor.

„Die Energiewende und der damit verbundene Ausbau der erneuerbaren Energien ist notwendig, damit wir schnellstmöglich die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern erreichen und damit Strom bezahlbar, sicher und klimagerecht wird“, erklärt Anke Schwarzenberg, Landtagsabgeordnete der LINKEN aus der Lausitz und Expertin für den Strukturwandel. „Längst findet ein Wettrennen privater Konzerne um die begehrtesten Flächen

**Thüringen als Vorbild:
Im Bundesland mit dem Ministerpräsidenten der LINKEN, Bodo Ramelow, gibt es Bürgerenergiefonds zur Förderung von Bürgerenergieprojekten.**

für Wind- und Solarenergie statt. Es ist völlig unverständlich, warum die Landesregierung den Markt für erneuerbare Energien allein den großen Erzeugern überlässt. Wir brauchen dringend ein Umsteuern: Der Ausbau der erneuerbaren Energie muss demokratisch erfolgen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger müssen direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren. Nötig ist eine Stärkung kommunaler Stadtwerke und genossenschaftlicher Bürgerener-

gieprojekte. Als erste Maßnahme fordern wir die Einrichtung eines Bürgerenergiefonds zur Förderung von Bürgerenergieprojekten nach Thüringer Vorbild. Beim Bau von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien müssen die Brandenburgerinnen und Brandenburger in die Entscheidungen mit eingebunden werden, nur dann können sie Akzeptanz genießen. Mit dem Bürgerenergiefonds werden sie ermächtigt, sich gegen kapitalstarke Investoren zu behaupten und die Gewinne bleiben vor Ort. Als Kombination von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe fördern Genossenschaften die krisenfeste und demokratische Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“. *pm*

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

**nächste OW am
3. Mai 2023**